

Nötzold, Jürgen

Article — Digitized Version

Keine Chancen auf westlichen Märkten

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Nötzold, Jürgen (1970) : Keine Chancen auf westlichen Märkten, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 50, Iss. 3, pp. 191-194

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134100>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Keine Chancen auf westlichen Märkten

Dr. Jürgen Nötzold, München

In den vergangenen Jahren stieg das osteuropäische Handelsvolumen mit westlichen Staaten erheblich an. Mit Ausnahme Polens wurde aber diese Steigerung im wesentlichen dadurch erreicht, daß umfangreiche Importe getätigt wurden. Die Exporte nach westlichen Ländern ließen dagegen sehr zu wünschen übrig. Deshalb sind — wieder mit Ausnahme Polens — die Handelsbilanzen gegenüber den westlichen Handelspartnern passiv. Das Problem besteht also darin, die Voraussetzungen für einen vermehrten Absatz osteuropäischer Produkte in westlichen Industriestaaten zu schaffen.

Ungünstige Exportstruktur

Die gegenwärtige Struktur der Westexporte, auch diejenige der entwickelten Volksrepubliken, bietet nur geringe Wachstumsmöglichkeiten. Die Staaten Osteuropas führen zwar insgesamt überwiegend Industrieerzeugnisse aus. Diese werden jedoch vor allem in die Mitgliedsländer des RGW (Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe) und in Entwicklungsländer exportiert. Bei den Westexporten überwiegen dagegen — wie bereits vor dem Kriege — Agrarprodukte und Rohstoffe. So wurden z. B. 1966 93 % des CSSR-Maschinenexports auf dem „sozialistischen Weltmarkt“ abgesetzt; dagegen bestanden nur rd. 14 % aller Exporte in westliche Industriestaaten aus Maschinenlieferungen.

Die Preis- und Nachfragerelationen zwischen Rohstoffen und Fertigprodukten haben sich aber auf dem Weltmarkt fast ständig zu Ungunsten der Rohstoffe entwickelt. So weisen die landwirtschaftlichen Rohstoffe den niedrigsten Zuwachs der

Weltnachfrage auf. Und auch das Wachstum der Nachfrage nach Genußmitteln (vor allem aufgrund eines Importsogs nach Nahrungsmitteln höheren Bearbeitungsgrades)¹⁾ ist nur wenig höher.

Nachteiliger Agrarprotektionismus

Diese aus der allgemeinen Nachfrageentwicklung resultierenden Schwierigkeiten des Agrarexports werden noch verschärft durch den nationalen Agrarprotektionismus und durch die Regelung innerhalb der EWG. Die EWG-Agrarmarktordnungen stellen ein großes Hindernis für die Agrarausfuhr Osteuropas dar, weil sie zum überwiegenden Teil speziell deren Erzeugnisse treffen. Das in den EWG-Agrarmarktordnungen festgelegte System der Abschöpfungen und Präferenzpreise macht trotz zugesicherter Einfuhrpositionen eine Ausfuhr unrentabel und behaftet die Exportplanung für Agrarprodukte mit erheblichen Unsicherheiten. Zwar sind z. B. die Einfuhren der BRD an Marktordnungswaren aus Osteuropa insgesamt weiterhin geringfügig gestiegen, doch zeigen die Importe bei den meisten Warengruppen eine rückläufige Tendenz.

¹⁾ Vgl. dazu die eingehende Untersuchung von Helmut Hesse: Strukturwandlungen im Welthandel 1950-1960/61, Tübingen 1967.

Jürgen Nötzold, 33, Dr. oec. publ., kommt vom Osteuropa-Institut der Universität München und ist heute Mitarbeiter des Forschungsinstituts für Internationale Politik und Sicherheit, Ebenhausen/Isar.

Die Agrarexporte bilden jedoch für die osteuropäischen Länder eine der wichtigsten Devisenquellen. Das wird daraus ersichtlich, daß Ungarn, Bulgarien, Rumänien und Polen im Handel mit Westeuropa hauptsächlich landwirtschaftliche Produkte liefern. Der Anteil landwirtschaftlicher Erzeugnisse am Gesamtimport des derzeit bedeutendsten Westhandelspartners, der BRD, liegt bei fast 50 % für Rumänien, zwischen 50 % und 60 % für Polen und Ungarn und ist bei den Importen aus Bulgarien sogar noch höher.

Geringe Qualität der Industrieerzeugnisse

Die ungünstige Entwicklung bei der Ausfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse müßte deshalb durch ein vermehrtes Angebot industrieller Erzeugnisse aufgefangen werden. Denn die Nachfrage nach diesen Gütern, insbesondere Kapitalgütern, weist die höchste Zuwachsrate auf. Entweder fehlen aber derartige Industriegüter im osteuropäischen Angebot, oder sie sind aufgrund ihrer unzureichenden Qualität nur bedingt konkurrenzfähig. So haben nach tschechoslowakischen Angaben Vergleiche mit Erzeugnissen des Auslandes gezeigt, daß nur 20-25 % der Erzeugnisse der Maschinenbauindustrie „Weltniveau“ erreichen, 20-30 % nähern sich diesem und fast 50 % bleiben hoffnungslos zurück²⁾. Zudem weisen die Staaten Osteuropas im gesamteuropäischen Vergleich sehr niedrige Produktivitätsniveaus auf. Einer von der ungarischen Akademie veröffentlichten Erhebung zufolge ist die industrielle Produktivität sogar in Spanien höher als in Ungarn³⁾.

Deshalb sind für den ohnehin geringfügigen Industrieexport nach westlichen Märkten auch ungünstige terms of trade kennzeichnend. Nach Untersuchungen, die vor einiger Zeit für die CSSR vorgenommen wurden, können tschechoslowakische Erzeugnisse in der EWG nur zur Hälfte des Preises, den EFTA-Güter erbringen, verkauft werden. Zudem herrscht aufgrund der geringen Spezialisierung in Produktion und Export die relativ kleine Serienproduktion mit entsprechend hohen Kosten vor.

Ausrichtung auf den RGW

Als ursächlich für diese Situation erweist sich vor allem die Produktionsstruktur der meisten osteuropäischen Staaten. Das sowjetische System, das unter den spezifischen Bedingungen einer nachzuholenden Industrialisierung und unter besonderen sozialen und natürlichen Umständen entwickelt worden war, wurde nach 1945 auch

²⁾ Veröffentlicht in: Noviny zahraničního obchoda (Foreign Trade News), 9. Februar 1966, S. 3.

³⁾ Vgl. Z. Roman: The Hungarian Industry: An International Comparison. In: Acta Oeconomica Academiae Scientiarum Hungaricae, Nr. 3, 1968.

Volkswirtschaften auferlegt, die schon eine hochentwickelte, differenzierte Produktionsstruktur besaßen⁴⁾. Das trifft vor allem für Mitteldeutschland, die CSSR mit Ausnahme der Slowakei sowie für Teile Ungarns zu.

Die erzwungene Ausrichtung des Produktionsprogramms auf die Planung der Sowjetunion und anderer RGW-Partner, die noch einen hohen Bedarf an Schwerindustrie aufwiesen, setzte hohe Planziele für die entsprechenden Branchen und verhinderte dadurch eine Weiterentwicklung der vorhandenen Struktur, die sich an den traditionellen Außenhandelsvorteilen orientierte. So stagnieren beispielsweise die traditionellen Exportindustrien der CSSR, industrielle Konsumgüter hohen Standards, seit 1950 zugunsten der sowjetischen Präferenzen für Maschinen und Ausrüstungen.

Problematisch ist zunächst nicht die Änderung der Produktionsstruktur an sich, sondern ihre Ausrichtung auf die Bedürfnisse der ersten Industrialisierungsphase anderer RGW-Mitglieder. Denn mit Eisen und Stahl wurde ein Produktionszweig führend, der in vergleichbaren Industriestaaten längst durch andere Wachstumszweige abgelöst worden war. Innerhalb der Investitionsgüterindustrie wurde zudem der Schwerpunkt auf Schwermaschinen und komplette Ausrüstungen gelegt, während die für die technische Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg charakteristischen Zweige der Chemie, Elektrotechnik, Präzisionsmaschinen und Automobilindustrie kaum berücksichtigt wurden.

Qualitative Mängel

Bei den weniger entwickelten Staaten Osteuropas war die Lage etwas anders als in der DDR und CSSR. Sie befanden sich eher in einer Phase, die derjenigen der Sowjetunion zu Beginn ihrer forcierten Industrialisierung ähnelte. Der bevorzugte Aufbau von Schwerindustrie ist jedoch — was immer sonst seine Vorteile sein mögen — bei außenhandelsabhängigen Staaten nur dann ökonomisch rational, wenn unter der Voraussetzung freier Wahrnehmung der Außenhandelsmöglichkeiten eine solche Produktionsstruktur komparative Vorteile bietet. Das ist aber für die nach 1945 vorgenommene Industrialisierung in diesen Ländern weitgehend nicht der Fall. Sie erfolgte vor allem im Hinblick auf die Anforderungen eines möglichst autarken Großwirtschaftsraumes und die spezifischen Bedingungen des RGW.

Die starke quantitative außenwirtschaftliche Abhängigkeit der osteuropäischen Staaten von der UdSSR hat schließlich auch ihre qualitative Seite. Besonders für die höher entwickelten osteuro-

⁴⁾ Vgl. Jürgen Nötzold: Osteuropas Abhängigkeit von der UdSSR. In: WIRTSCHAFTSDIENST, 49. Jg. (1969), H. 11, S. 656.

päischen Staaten waren Sicherheit und Genügsamkeit des sowjetischen Marktes stets ambivalent. Bei diesen Ländern wird besonders deutlich, wie die Orientierung auf den sowjetischen Markt dem Ziel des Ausbaus westlicher Handelsverbindungen durch den Austausch spezialisierter Industrieproduktion widerspricht.

Vernachlässigung des technischen Fortschritts

Dazu kommt eine starke Vernachlässigung der Einführung des technischen Fortschritts in die Produktion. In der CSSR wiesen z. B. die neuinvestierten Maschinen im Durchschnitt noch nicht einmal die gleiche Produktivität auf wie der alte Maschinenpark⁵⁾.

Trotz der spektakulären Erfolge in einzelnen Mengenproduktionen und auf Sondergebieten der technischen Entwicklung bleibt auch die UdSSR im arbeitssparenden und konsumdifferenzierenden technischen Fortschritt erheblich hinter westlichen Industriestaaten, insbesondere den USA, zurück. Und von den Bereichen, in denen die

⁵⁾ Darauf weist Vladimir Nachtigal hin: Extensivity and Efficiency of Economic Growth in Czechoslovakia. In: Czechoslovak Economic Papers, Nr. 9/1968, S. 44/45.

Sowjetunion zu den technisch führenden Industrienationen gehört (Militär- und Weltraumtechnik), sind die anderen Staaten Osteuropas soweit ausgeschlossen, daß sich kein „spin-off-Effekt“ für ihre Volkswirtschaften ergibt. Mit leicht absetzbaren Industriegüterlieferungen an die Sowjetunion kann aber in Osteuropa der Anschluß an das westliche Niveau kaum hergestellt werden.

Des weiteren kann die unzureichende Konkurrenzfähigkeit auch darauf zurückgeführt werden, daß die detaillierte mengenorientierte Planung nicht die Möglichkeit bietet, den technischen Fortschritt rechtzeitig in seiner ganzen Breite und an der richtigen Stelle ökonomisch zu realisieren. Das bestehende Planungsverfahren trennt die Unternehmen von den Einflüssen des Weltmarktes. Dieser Sachverhalt gilt ebenso für die außenwirtschaftliche Kooperation im RGW.

Notwendige Änderungen

Zu den Voraussetzungen einer Intensivierung qualitativ hochstehender Außenhandelsbeziehungen mit dem Westen gehören somit Änderungen in der Produktionsstruktur und den Wirtschaftssystemen der osteuropäischen Nationalwirtschaften.

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HAMBURGISCHEN WELT-WIRTSCHAFTS-ARCHIVS

NEUERSCHEINUNG:

EINKOMMENSBESTEUERUNG, EINKOMMENSVERTEILUNG UND WIRTSCHAFTSABLAUF

von Rolf Ehmcke

In der vorliegenden Studie werden anhand der deutschen Nachkriegsentwicklung die Auswirkungen der Einkommensbesteuerung auf Einkommensverteilung, Arbeitsangebot der privaten Haushalte und deren globales Konsum- und Sparverhalten herausgearbeitet. Der Autor kommt dabei zu dem Schluß, daß vor einer konjunkturpolitischen Variation der Steuersätze, wie sie das Stabilitätsgesetz vorsieht, zunächst durch eine Reform der Einkommensbesteuerung eine bessere Abstimmung zwischen Wirtschaftsablauf und Steuerbelastung herbeigeführt werden sollte.

Oktav, 231 Seiten, 1969, brosch. DM 34,—

VERLAG WELTARCHIV GMBH - HAMBURG

ten. Beide Voraussetzungen sind eng miteinander verbunden. Denn die Herstellung — oder Wiederherstellung — einer Produktionsstruktur, die sich an die Wettbewerbsbedingungen freier Märkte anpassen kann, würde auch eine Reform der Wirtschaftssysteme erfordern. Entscheidend wäre dabei eine Änderung der bisherigen Preispolitik und die Aufgabe des starren, den Knappheitsrelationen der Güter nicht entsprechenden Preissystems. Denn eine unter außenwirtschaftlichen Gesichtspunkten rationale Strukturpolitik wird sich ohne flexible Preise als Orientierungsdaten für die Unternehmen nicht durchsetzen lassen.

Geringer Spielraum

Reformen der ökonomischen Lenkungssysteme könnten heute zwar Wege zur Qualitätsverbesserung der Produktion eröffnen; für weltmarktorientierte Reformen der Industriestruktur sind aber auch in großem Umfang Produktionsmittel erforderlich, die z. T. nur im westlichen Ausland unter Einsatz kostspielig verdienter Devisenbeiträge erhältlich sind. Strukturumbau und Erneuerung des Anlagevermögens in der CSSR können z. B. weder mit Erdgaslieferungen, höheren Erdölzufuhren, noch Investitionsgütern aus der Sowjetunion erreicht werden.

Die Aussichten, die Investitionsgüter aus dem Westen beschaffen zu können, sind aber gering. Man wird wohl davon ausgehen müssen, daß die notwendigen Mittel primär durch eigene Exporte aufzubringen sind. Denn Kredite des Westens werden vermutlich — soweit sie politisch akzeptabel sind — nur zu normalen kommerziellen Bedingungen gegeben werden können. Und konvertible Kredite von der Sowjetunion dürften die osteuropäischen Staaten nur dann bekommen, wenn sie für die Erhaltung der Leistungsfähigkeit im Rahmen des RGW unerlässlich sind. Eine Analyse der Ziele und Wirtschaftspotentiale im RGW läßt es zudem unwahrscheinlich erscheinen, daß durch blockinterne Arbeitsteilung und Kredite die notwendigen Mittel aufgebracht werden können. So hängt also das Gelingen von Reformen wesentlich von den erweiterten Tauschbeziehungen mit westlichen Industriestaaten ab, einer Voraussetzung aber, die durch diese Reformen erst erreicht werden soll.

Aus diesen Gründen, die grundlegende Reformen in Osteuropa erschweren, ist zu befürchten,

daß ein Einholen des Produktivitätsvorsprungs der westlichen Industriestaaten kaum möglich sein wird. Die Schere in der wirtschaftlichen Entwicklung könnte sich sogar noch weiter öffnen, wenn nämlich die Faktoren, die im Westen zu ständiger Veränderung der Wirtschaftsstruktur zwingen, in Osteuropa weiterhin wesentlich schwächer und langsamer wirksam werden. Dem Wettbewerb auf dem Weltmarkt, der Entfaltung eines großen europäischen Binnenmarktes steht im Osten eine mit den Unsicherheiten über die künftige Integrationskonzeption im RGW belastete Entwicklung entgegen. Mit mangelnder Konkurrenzfähigkeit bleibt aber auch der Mangel an Devisen für die Importe, die für die Erneuerung des Produktionsapparates und die industrielle Niveauleichung unerlässlich sind. Der westlichen Kapitalhilfe und der hoffnungsvoll begonnenen technisch-kommerziellen Kooperation mit westlichen Unternehmen kommt deshalb in Osteuropa besondere Bedeutung zu.

Kredite kein Allheilmittel

Dennoch ergeben sich auch auf diesen Gebieten eine Reihe von Problemen, von denen hier nur einige kurz vorgeführt werden sollen. Langfristige Produktionskredite könnten vielleicht dem östlichen Kapitalmangel abhelfen, aber sie bringen nicht den Vorteil einer kontinuierlichen Teilhabe an der technologischen Entwicklung. Deshalb besteht die Gefahr, daß der Absatz der Produkte auf westlichen Märkten nach Ausreifen der Investitionen nicht mehr gesichert ist. Zudem haben Kredite ihre Grenzen dort, wo der wachsende Anteil des Kapitalsdienstes den Zuwachs des Exportvolumens beansprucht oder sogar überkompensiert. Hierfür kann die Entwicklung der Handelsbeziehungen zwischen Rumänien und der BRD als anschauliches Beispiel dienen. Nach den vorliegenden Berichten belief sich das rumänische Außenhandelsdefizit gegenüber der Bundesrepublik bis zum Jahre 1968 auf annähernd eine halbe Milliarde US \$ — und das bei einem Gesamtumfang des rumänischen Exportvolumens von 1,4 Mrd. \$ im Jahre 1967. Da die Rückzahlungsmöglichkeiten dieser Kredite ungewiß sind, zeigt das rumänische Beispiel andeutungsweise, welches Ausmaß an „Entwicklungshilfe“ bei einer generell stärkeren Umorientierung der Außenhandelsbeziehungen Osteuropas auf die westlichen Industriestaaten zukommen könnte.

VEREINSBANK IN HAMBURG

Zentrale: Hamburg 11 · Alter Wall 20-30 · Telefon 36 10 61

58 FILIALEN UND ZWEIGSTELLEN IN HAMBURG, CUXHAVEN UND KIEL